

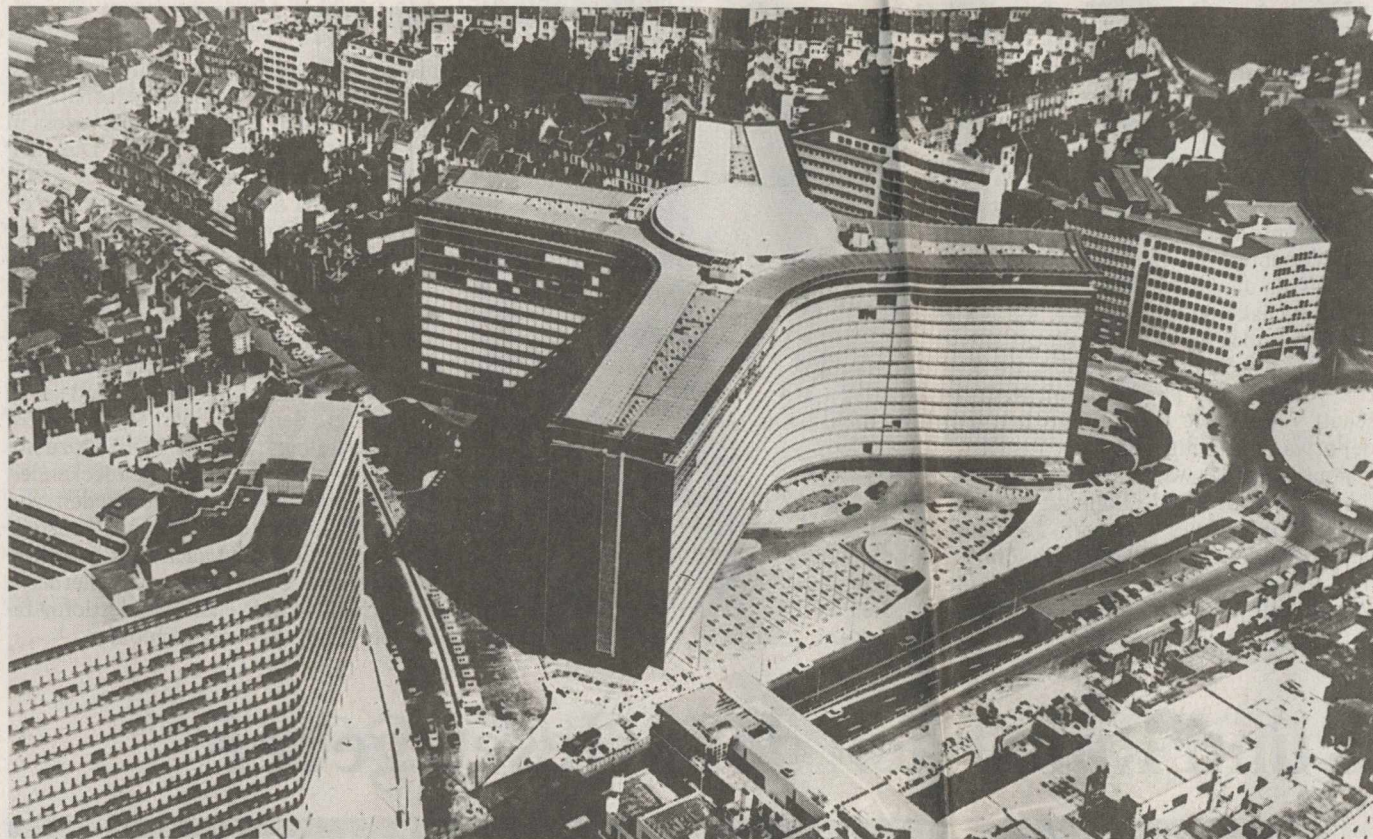
# Traum von einer europäischen Wirtschaftsregierung

Wie viel gemeinsames Handeln braucht Europa? Die Debatte wird seit 40 Jahren geführt. Die Schuldenkrise macht sie aktueller denn je.

now. BRÜSSEL, 25. März. Es war Anfang Oktober 1970: In Bonn hatte die sozial-liberale Koalition just ihr erstes Regierungsjahr hinter sich gebracht. Griechenland erlebte das vierte Jahr einer Diktatur. Und in Luxemburg drückte der damals 15 Jahre alte heutige Premier- und Finanzminister Jean-Claude Juncker die Schulbank. Beide Regierungsmäntel hatte damals Pierre Werner inne, später Junckers politischer Mentor. Als Vorsitzender einer Sachverständigenkommission legte Werner den nach ihm benannten Stufenplan zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion bis 1980 vor.

Dort steht, was in Zeiten der Debatte über eine „Wirtschaftsregierung“ und griechische Staatsfinanzen aktuell klingt: „Da hinsichtlich der Verwirklichung des Wachstums- und Stabilitätsziels zwischen den Mitgliedstaaten noch deutliche Unterschiede bestehen, ist ohne eine effektive Harmonisierung der Wirtschaftspolitik die Gefahr der Entstehung von Ungleichgewichten weiterhin gegeben.“ Aus damaliger deutscher Sicht sollte eine einheitliche Währung als „Krönung“ am Ende des wirtschaftlichen Einigungsprozesses stehen. In Paris herrschte dagegen Argwohn gegen die angeregte Übertragung wirtschafts- und haushaltspolitischer Befugnisse an die Gemeinschaft – insbesondere an ein neues „wirtschaftspolitisches Entscheidungsgremium“.

Inflation, Arbeitslosigkeit und Ölkrise rückten den Werner-Plan in den Hintergrund. Dennoch entstand 1972 der Europäische Wechselkursverbund („Währungsschlange“) sowie 1979 das Europäische Währungssystem (EWS). Ziel war es, einen Raum mit stabilen Wechselkursen – ungeachtet gewisser Bandbreiten und möglicher Anpassungen – zu schaffen. Mit der 1985 unter Führung des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors in Angriff genommenen Verwirklichung des schrankenlosen Binnenmarkts entbrannte die Debatte ein weiteres Mal. Eine von Delors geleitete Expertengruppe zur Währungsunion nannte im April 1989 das Ziel verbindli-



Brüssel – wo die Fäden aus Europa zusammenlaufen. Hier um 1970.

Foto Keystone

cher Obergrenzen für die öffentliche Verschuldung; eine Angleichung bei Wirtschafts-, Haushalts- und Beschäftigungspolitik schlug sie aber nicht vor.

Damals überzog die Auffassung, die einheitliche Währung sei ein Katalysator für die wirtschaftliche und politische Union. Niemand schien geneigt, die in Maastricht 1991 vereinbarte Architektur anzutasten: hier ein gemeinschaftliches Standbein mit einer unabhängigen, der Preisstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank (EZB); dort eine stärkere Abstimmung in der Wirtschaftspolitik unter Achtung der alleinigen Befugnisse der Staaten.

Kurz vor dem Übergang in die Endstufe der Währungsunion am 1. Januar 1999 flackerte der Streit wieder auf. Der damalige französische Notenbank- und heutige EZB-Präsident Jean-Claude Trichet, der einst das Konzept zur Einbindung der Geldpolitik in die Wirtschaftspolitik entworfen hatte, verteidigte nun die unabhängige Zentralbank. Auch wenn die Pariser Regierung ein Gegengewicht zur EZB

verlangte, kam es 1997 auf deutsches Betreiben zum Stabilitäts- und Wachstumspakt. Er soll ein gedeihliches Nebeneinander von Geld- sowie Finanz- und Wirtschaftspolitik ermöglichen.

Seither ist die aus den Finanzministern der Währungsunion bestehende Euro-Gruppe das Gremium, in dem es vorrangig um eine bessere wirtschaftspolitische Abstimmung geht. Obgleich 2005 der Pakt überarbeitet und – nach Ansicht von Kritikern – gelockert wurde, flammte die Diskussion über die Wirtschaftsregierung erst mit Ausbruch der Finanzkrise 2008 wieder auf. Insbesondere in Deutschland wurden die Vorstöße des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy dazu als neuerlicher Versuch gesehen, die EZB-Unabhängigkeit in Frage zu stellen.

In der Debatte über „Europa 2020“, die neue Strategie zur Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, scheint der Zankapfel „Wirtschaftsregierung“ nicht mehr tabu zu sein. Freilich herrschen weiter Differenzen. „Wir sind die Wirtschaftsregierung“, sagte Bundeskanz-

lerin Angela Merkel Mitte Februar. Sie bezog dies auf die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten, die laut Lissabonner Vertrag der Union „die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse“ geben sollen. Der Vertrag (Artikel 121) gibt der Europäischen Kommission das gegenüber Griechenland schon genutzte Recht, eine „Verwarnung“ an – wirtschaftspolitisch – säumige Regierungen zu richten. Während in Berlin durchaus eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung gewünscht wird, zielt Frankreich auf eine engere und zeitliche Verzahnung von Stabilitätspakt und den – im Zuge von „Europa 2020“ – geplanten wirtschafts- und strukturpolitischen Empfehlungen. Wie sich die Diskussion entwickelt, hängt auch von den Überlegungen einer Expertengruppe unter Führung des früheren spanischen Regierungschefs Felipe González ab. Erste Überlegungen wollte er am Donnerstag beim Dinner der Staats- und Regierungschefs erläutern. Im Mai oder Juni soll die Gruppe Empfehlungen zu einer stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung unterbreiten.